

Liebe Genossinnen und Genossen,

Stellen Sie sich vor: Sie sitzen auf einer Bank, in einem Park. Der Park ist nicht perfekt. Hier und da liegt Müll 'rum. Und drüben an der Südseite, wo die Wohnungen teurer werden, ist der Rasen auch grüner als anderswo. Dennoch gucken Sie ganz zufrieden. Als Grünflächenbeauftragter haben Sie den Park schließlich mitgestaltet. Und dank Ihnen konnten eine Parksteuer und Anwohnerrechte durchgesetzt werden. Seitdem gibt's auch öffentliche Grillplätze. Unter'm Strich ist das also eine anständige Grünanlage hier.

Doch dann setzt sich jemand neben Sie und erzählt Ihnen folgendes: „Der Park ist ineffizient und innovationsfeindlich. Anwohnerrechte? Verhindern nur modernere Grillplätze. Parksteuer? Ungerecht. Denn drüben, an der Südseite, haben die ja ihre eigenen Gärten. Und überhaupt: Wäre doch viel besser, wenn jeder seine Parzelle hätte. Dafür müsste man nur die Parksteuer abschaffen, das gesparte Geld investieren die Leute dann in Garten-Fonds. Und weil die Nachfrage an Gärten dann steigt, kann sich bald jeder seine eigene Laube leisten. Oben drauf wächst auch noch der Garten-Sektor. Win-Win-Win-Situation also.“

Sie grübeln. Einerseits haben Sie ewig für Parksteuer, Anwohnerrechte und Grillplätze gekämpft. Andererseits: The Times - They are A-Changing. Vielleicht braucht's heute eben keine Grünflächenbeamten mehr, sondern Parkmanager. Letztere haben sich ja bereits in anderen Städten durchgesetzt. Und wenn Sie nun mutig voran steppen, können Sie ja immerhin drauf achten, dass das Ganze nicht allzu asozial wird. Zumal für Sie und Ihren Gewerkschaftsfreund dann womöglich auch noch Posten bei der Parkmann AG abfallen. Große Verantwortung, aber einer muss den Job ja machen. Wegen Win-Win-Win-Win-Win.

Also packen Sie's an: Die Südseite des Parks wird eingezäunt, damit da nicht mehr frech Pfandflaschen weggesammelt werden. Grillplätze gibt's nur noch gegen Gebühr. Anwohnerrechte werden beschnitten, quer durch den Park ein „dritter Weg“ geplant und Gärtner durch Grünflächen-Worker auf Minijob-Basis ersetzt.

Warum erzähle ich Ihnen diese kleine Parabel? Ich erzähle sie Ihnen gar nicht einmal, um Sie abermals an die sozialdemokratische Sündenkartei zu erinnern: Die Verwerfungen der Hartz-Reformen, die Schere zwischen Arm und Reich, die Alters- und Kinderarmut, der Ausverkauf staatlicher Infrastruktur. Das wissen sie ja selbst.

Ich erzähle Ihnen das, weil viele Genossinnen und Genossen immer noch nicht begriffen haben, wie groß und grundsätzlich die Krise der SPD, ja der gesamten europäischen Sozialdemokratie ist. Weil viele immer noch „nachjustieren“ oder an „Stellschrauben drehen“ möchten. Weil viele immer noch „realistisch“ bleiben und bloß nicht zu „radikal“ wirken wollen. Und klar, so tickt die SPD ja eben: Reform statt Revolte, staatstragend statt umstürzend, realistisch statt radikal.

Nur ist heute die Frage: Was ist denn „realistisch“, was ist denn „radikal“? Radikal ist zunächst der Umbau, der Ausverkauf des Parks. Das heißt: Radikal ist jene neoliberale Gesellschaftstransformation, die sich unter der Mithilfe der Sozialdemokratie in den letzten dreißig Jahren vollzogen hat. Neoliberalismus ist eben nicht nur ein schwammiges Schlagwort, sondern meint konkret: Deregulierung, Liberalisierung und Finanzialisierung der Wirtschaft. Ausweitung des Niedriglohnsektors, Privatisierung von Infrastruktur, Entlastung der Reichen. All das, was auch und vor allem in der Schröder-Ära passierte.

Neoliberalismus, das bedeutet nicht nur „freier Markt“. Es bedeutet vielmehr, so hat es jüngst der kanadische Historiker Quinn Slobodian bezeichnet, eine „Ummantelung des Marktes“. Heißt: Die nationalen und internationalen Institutionen wurden in den letzten drei Dekaden derart umgebaut, dass sie zuerst den Markt, Eigentumsrechte sowie Waren- und Finanzströme absichern. Institutionen wurden zu Instrumenten, um den Markt gegen die Demokratie zu verteidigen. Juristische Personen werden natürlichen Personen bevorzugt. Der Staat ist zum Hilfssheriff des Marktes degradiert worden.

Und das bedeutet wiederum, dass die SPD ihre eigene Existenzgrundlage zerstört hat. Denn es war schließlich vor allem die Sozialdemokratie, die den Staat vom bloßen Steuereintreiber zur Schutzmacht all jener ausbaute, die Unterstützung brauchten: im Sozialen, in der Bildung, in der Arbeitsmarktpolitik. Der sozialdemokratische Staat war der Park für alle jene, die keinen eigenen Garten hatten. Heute klingelt der sozialdemokratische Staat hingegen unangekündigt bei Hartz-IV-Empfängerinnen, um zu überprüfen, ob die noch eine zweite Zahnbürste besitzen.

Es ist dieser neoliberale Umbau von Staat und Gesellschaft, der radikal ist. Radikal ist zudem jener technologische Wandel, der zu einer neuen Dimension von Macht und

Kapitalakkumulation bei Facebook, Google oder Amazon geführt hat. Und radikal werden auch die Folgen des Klimawandels sein.

Radikal, liebe Genossinnen und Genossen, ist also zunächst die Realität. Und deshalb reicht es nicht mehr „realistisch“ zu sein, nur „nachjustieren“ zu wollen. Wenn die Wirklichkeit selbst radikal ist, gerät bloßer Realismus zum Defätismus. Deshalb muss auch die SPD radikal sein. Nein, das meint nicht extremistisch oder populistisch, sondern eben radikal im wortwörtlichen Sinne: Sie muss an die „Wurzel“ der Dinge gehen. Sie muss radikal-republikanisch, radikal-rechtsstaatlich, radikal-demokratisch, radikal-aufklärerisch, radikal sozial gerecht sein.

Wie wäre es beispielsweise, wenn man bei Großbeträgen die Erbschaftssteuer hochzieht, um einen entsprechenden Anteil von den rund 400 Milliarden Euro, die hierzulande jedes Jahr vererbt werden, für den Ausbau sozialer Infrastruktur zu nutzen? Wie wäre es mit einem Lieferkettengesetz, das Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung auch im Ausland verantwortlich macht? Wie wäre es den Finanzmarkt wirklich politisch zu regulieren, also nicht nur hinsichtlich seiner Stabilität, sondern auch entlang gemeinwohlorientierter Kriterien, sodass etwa die Nahrungsmittelspekulation extrem eingeschränkt wird? Wie wäre es, wenn man Bodenspekulation unterbindet, indem man Investoren mit einer Baupflicht belegt?

Wie wäre es, wie der Politikwissenschaftler Colin Crouch jüngst vorschlug, wenn man die strikte Trennung zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit verwirft und die Kategorie „Nutzer von Dienstleistungen menschlicher Arbeitskraft“ einführt, damit auch Plattform-Betreiber wie Uber oder Lieferando in die Sozialversicherung einzahlen? Wie wäre es, wenn man einen Green New Deal auflegt, der den Namen wirklich verdient hätte? Wie wäre es, wenn man transnationale Gewerkschaften stärkt, indem man Unternehmen, die diese nicht anerkennen mit Sanktionen belegt? Wie wäre es also, wenn der Staat nicht mehr nur der nützliche Idiot des Marktes ist, sondern der Anwalt der Eifrigen, der Schwachen, der Hoffnungsvollen? Wenn also Eigentum wirklich verpflichtet, wenn wir wirklich mehr Demokratie wagen?!

Doch, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt kein einfaches zurück in die Vergangenheit. Nicht nur der Park hat sich verändert, auch die Anwohnerinnen und Anwohner, deren Arbeitsplätze haben sich verändert, das Klima hat sich verändert. Deshalb

müssen wir zurück in die Zukunft. Wir müssen uns daran erinnern, das wir mal waren, was wir sein wollten. Und mit diesem Bewusstsein einen neuen Park planen: für Paketboten und Taxifahrerinnen, alleinerziehende Mütter und unterbezahlte Erzieher, für die Leute im Reihenhaus und die Kids aus'm Block.

Apropos: Es gibt einen Film von 1995, Matthieu Kassowitz' „La Haine“, der sich um diese Kids aus den Blocks dreht. Dieser Film, der in einer Banlieue spielt, die keinen Park mehr kennt, sondern nur noch Betonwüsten, beginnt wie folgt: „Dies ist die Geschichte von einem Mann, der aus dem 50. Stock von 'nem Hochhaus fällt. Während er fällt, wiederholt er, um sich zu beruhigen, immer wieder: ‚Bis hierher lief's noch ganz gut, bis hierher lief's noch ganz gut, bis hierher lief's noch ganz gut...‘. Aber wichtig ist nicht der Fall, sondern die Landung!“

Das ist auch die Geschichte der SPD. Sie fällt und fällt und fällt – und beruhigt sich dabei zu Tode. Und das Irre dabei ist: Es gäbe ja einen Fallschirm. Genügend Konzepte und Strategien liegen auf dem Tisch, zumal in einer Zeit, in der man mit wirklich sozialdemokratischer Politik richtig begeistern könnte. Nur muss man eben auch die Reißleine ziehen. Das mag dann für einen Moment ruckeln, sicher. Aber die Alternative lautet ja: aufschlagen und verrecken. Liebe Genossinnen und Genossen: Wir haben die Wahl. Glück auf!